Zum Papier „Den Gegenangriff organisieren – die Klasse gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus mobilisieren“ (Walter Listl)

Das Papier wird dem im Titel gestellten Anspruch bei weitem nicht gerecht und fällt hinter die Positionen unseres Parteiprogramms zurück.

Schon auf der ersten Seite findet sich ein Zerrbild dessen, was „revolutionäre Politik in nichtrevolutionären Zeiten“ von Kommunisten „erfordert“:

- Die Entwicklung einer Interessensvertretungspolitik
- keine Illusionen über den Kapitalismus zuzulassen und
- deutlich zu machen, dass eine sozialistische Gesellschaft notwendig ist und die Arbeiterklasse diese historische Mission zu erfüllen habe.

Nichts gegen „Interessensvertretungspolitik“, aber dafür reicht auch aktive Gewerkschaftsarbeit oder die Mitarbeit in einer Umweltschutzinitiative, was ja auch zur Alltagsarbeit vieler KommunistInnen gehört.

Aber schon der Name ist problematisch, weil er suggeriert, wir würden die Interessen der KollegInnen vertreten, statt darauf hinzuwirken, dass diese das selbst tun. KommunistInnen unterstützen diesen Kampf und bringen ihre weitergehenden Vorstellungen ein, leiten aus der Kritik einzelner Zustände eine Kritik des Kapitalismus ab und propagieren eine andere Gesellschaftsordnung jenseits des Kapitalismus.

Das ist schon mehr als „Interessensvertretungspolitik“.

Geradezu kurios erscheint mir die Anforderung, keine Illusionen über den Kapitalismus zuzulassen.

Als Aufsichtsbehörde für die Zulassung oder Nichtzulassung von Illusionen dürften wir doch etwas überfordert sein.

Auch das dritte Erfordernis, die DKP müsse der Arbeiterklasse „deutlich machen“, dass sie mit dem Kampf um den Sozialismus ihre historische Mission zu erfüllen habe, scheint mir etwas vermessen, weil sich diese Form der Befehlsausgabe eher für den Kasernenhof eignet als für den Klassenkampf.

Dagegen schreiben wir im Parteiprogramm, die Arbeiterklasse ist die entscheidende Kraft im Kampf gegen die Macht des Kapitals und zur Erkämpfung des Sozialismus.

Und weiter:

> “...dass der Sozialismus das gemeinsame Werk all der Menschen sein wird, die das Ziel einer von der Herrschaft des kapitalistischen Profitprinzips befreiten Gesellschaft verbindet, deren politische und weltanschaulichen Zugänge zu diesem Ziel sich jedoch unterscheiden mögen...Andere Zugänge können aus religiösen oder allgemein humanistischen Überzeugungen, aus antifaschistischen, feministischen, pazifistischen, globalisierungskritischen aus antirassistischen oder ökologischen Motiven erwachsen... der Arbeiterklasse kommt jedoch nach wie vor wegen ihrer Stellung in den Produktionsverhältnissen die entscheidende Bedeutung ...zu.“

Das unterscheidet sich schon erheblich von Verständnis der historischen Mission der Arbeiterklasse in Gegenangriffpapier.

Wenn wir ernst nehmen, was im Parteiprogramm steht, muss ein neuer Sozialismus demokratisch, ökologisch, feministisch und internationalistisch sein.

Im Kampf um eine solche Gesellschaftsordnung kommt der Arbeiterklasse eine entscheidende Rolle zu.

Aber den Übergang zu einer neuen, solcherart sozialistischen Gesellschaftsordnung auf die Überwindung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit zu reduzieren, verengt sowohl den Blick auf die Vielzahl der zu überwindenden Widersprüche wie auch auf die Vielzahl der Kräfte, die dies ins Werk setzen müssen.

Im „Gegenangriffpapier“ wird die Behauptung aufgestellt, „Die Theorie der Herrschaft eines transnationalen Kapitals, eines kollektiven Imperialismus hat sich in der Krise als grundfalsch erwiesen.“

Warum das so sein soll, bleibt ein Geheimnis der Autoren, kein Argument, kein Beleg für diese Behauptung.

Die angeführte Tatsache, dass die Monopole die Krise mit Hilfe ihrer Heimatbasis zu bewältigen versuchen, kann als Beleg dafür nur schwerlich angeführt werden. Selbst die Vertreter der Theorie eines „kollektiven Imperialismus“ schreiben in ihren Veröffentlichungen, dass die zu Wettbewerbsstaaten zugerichteten Nationalstaaten ein Hauptinstrument durch Durchsetzung der Interessen transnationaler Konzerne sind.
(Nachzulesen in vielen isw-Heften.)

Jedenfalls sollten wir nicht hinter die Einschätzung des Parteiprogramms zurückfallen:

> „...zu einer strukturbestimmenden Form des Kapitalverhältnisses in der gegenwärtigen Entwicklungsetappe des monopolitischen Kapitalismus wurden die transnationalen Konzerne und transnationalen Finanzgruppen.“

Was uns dann im Gegenangriffpapier bei Punkt drei unter der vollmundigen Losung „Was macht den Bossen Dampf? Klassenkampf!“ geboten wird, bleibt weit hinter dem zurück, was sogar die Partei Die Linke oder attac fordern.

Die darin aufgeführten 9 Punkte sind alle richtig, und wichtig durchgesetzt zu werden, gute linke Reformpolitik.

Aber Verstaatlichung der Banken, Vergesellschaftung und Demokratisierung der Wirtschaft müsse warten, bis nach der Veränderung der Machtverhältnisse, wird behauptet.

Das reicht aber nicht für ein kommunistisches Kampfprogramm in einer Zeit, da sogar Die Linke, attac oder Sozialforen die Änderung der Eigentumsverhältnisse fordern, die Verstaatlichung und Vergesellschaftung des Finanzsektors, das Profitprinzip in der Wirtschaft zurückzudrängen oder dass die Welt keine Ware sein darf und der Mensch vor dem Profit kommen muss.

Es ist undialektisch zu behaupten, dass solange der Kapitalismus herrscht, keine antikapitalistischen Reformen, wie die Verstaatlichung der Banken durchzusetzen seien und solche Forderungen nur wieder Illusionen nähren würden,wie das im Papier suggeriert wird. Nach dieser Logik dürfte es z.Z. weder genossenschaftliches noch kommunales Eigentum geben.

Die schematische Vorstellung, die Vergesellschaftung des Bankensektors und der Produktion oder Demokratie in der Wirtschaft erforderten zunächst die Macht im Staat, d.h. den Sozialismus, wie im Papier behauptet, negiert die Erkenntnis, dass gerade der Kampf um diese Veränderungen Teil eines gesellschaftliches Transformationsprozesses sein muss, wenn daraus eine antikapitalistische und sozialistische Gesellschaft entstehen soll.

Die Eigentums- und Wirtschaftsdemokratiefrage auszuklammern, solange Kapitalismus herrscht, heißt, darauf zu verzichten, das Profitprinzip anzugreifen.

Wie viel Antikapitalismus innerhalb des Kapitalismus durchsetzbar ist, hängt nicht von Papieren, Programmen oder Meinungen ab, sondern von der Durchsetzungskraft der antikapitalistischen Kräfte.

Geradezu schädlich wird das Gegenangriffpapier, wenn es um die Einschätzung der Arbeiterklasse und der Rolle der Gewerkschaften geht. Die Arbeiterklasse, heißt es da, dürfe sich „nicht mehr von den Gewerkschaftsführungen am Nasenring herumziehen lassen." Dieses Bild ist nicht nur dumm, weil es die Schwäche der Arbeiterbewegung auf den angeblichen oder tatsächlichen Verrat sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer reduziert, sondern auch mit Grundpositionen unserer Partei nicht vereinbar.

Da die meisten Kolleginnen und Kollegen sich von den Gewerkschaftsführungen gar nicht „am Nasenring herumziehen lassen" können, weil sie gar nicht Mitglied der Gewerkschaft sind, muss es für die ausbleibenden Klassenkämpfe wohl noch andere Gründe geben, als den Verrat der Gewerkschaftsführungen.

Wenn man natürlich die Existenz transnationaler Konzerne bestreitet, in der heutigen kapitalistischen Globalisierung nichts qualitativ Neues erkennt und ignoriert, wie sich dadurch die Kräfteverhältnisse zuungunsten der Arbeiterbewegung verschobenen haben, dann bleibt ja als Erklärung fast nur noch der Verrat.

Diese Gründe zu analysieren ist natürlich umständlicher als das Bild einer Zuchtbullenauktion zu bemühen.

Aber auch hier lohnt sich ein Blick ins Parteiprogramm der DKP.

Walter Listl